
Kultur

*(17)

Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft in Li Pengs Bericht an den Nationalen Volkskongreß

Der Bericht von Ministerpräsident Li Peng an das 1. Plenum des 8. Nationalen Volkskongresses (NVK), der am 15. März erstattet, jedoch erst am 2. April veröffentlicht wurde (GMRB und RMRB, deutsche Übersetzung in BR, 1993/15, S. IXXIV), schwankt in Fragen von Kultur und Gesellschaft zwischen Stolz auf bereits erzielte wissenschaftlich-technische Leistungen einerseits und wohlfeilen Absichtserklärungen andererseits, hinter denen in Kulturfragen zum Teil eine erstaunliches Desinteresse erkennbar wird. Die Rede stellt zunächst die Erfolge der vergangenen fünf Jahre heraus und formuliert dann Ziele für das kommende Jahr.

Im Rückblick konstatiert Li selbstverständlich "neue Fortschritte in der Entwicklung der sozialistischen geistigen Zivilisation und in allen sozialen Bereichen" - so die betreffende Zwischenüberschrift. Konkrete Aussagen zu den Entwicklungen der letzten fünf Jahre finden sich jedoch nur zu Wissenschaft und Technik, zum Bildungswesen, zur Familienplanung und zum Sport. In der Formulierung der politischen Ziele für die kommenden fünf Jahre macht Li klar, was sich schon in der Bewertung der vergangenen Entwicklungen andeutete: Entscheidend sind die Belange von Wirtschaftsaufbau und Sozialismus, sie setzen die Maßstäbe. In Fragen dagegen, die sich diesen simplen Maßstäben versagen, flüchtet sich Li in Allgemeinplätze und Floskeln.

Wissenschaft und Technik: Li führt als Beispiele für den Fortschritt, der in den letzten fünf Jahren erzielt wurde, als technische Spitzenleistungen ein Elektronensynchrotron sowie einen Großcomputer an. Als Bewertungsmaßstab für technische Leistungen wird das "Weltniveau" zitiert. Ebenfalls hervorgehoben wird die beschleunigte "Kommerzialisierung der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse und deren Überführung in die Produktion". Als

herausragendes Beispiel werden die Starts von Fremdsatelliten genannt, mit denen China sich neben den USA und Europa auf dem Weltmarkt etablieren konnte.

Auch für die Zukunft wird der ökonomische Nutzen in den Vordergrund gestellt, denn Wissenschaft und Technik müssen sich "vorwiegend am Wirtschaftsaufbau orientieren". Desgleichen stehe die Grundlagenforschung "in enger Beziehung zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung". Entsprechend sollen sich Forschungseinheiten entweder mit Unternehmen zusammenschließen oder sich selbst "in wissenschaftlich-technisch orientierte Unternehmen verwandeln". Die Strukturreformen im Bereich wissenschaftlich-technologischer Forschung, die vielfach bereits angelaufen sind, haben sich ebenfalls an diesen Vorgaben zu orientieren.

Bildungswesen: Auf dieses große Sorgenkind der chinesischen Politik geht der Bericht relativ ausführlich ein. Hier sei eine Steigerung der Investitionen von 149 Mrd. Yuan im Fünf-Jahres-Zeitraum 1983-1987 auf 320 Mrd. Yuan in den nachfolgenden fünf Jahren (1988-1992) zu verzeichnen gewesen - dies offenbar auch oder vor allem dank erfolgreicher Mobilisierung nicht-staatlicher Ressourcen. Als Erfolg wertet Li zudem, daß der Grundschulbesuch mittlerweile in 76% aller Kreise und der Besuch der unteren Mittelschule "in der Mehrzahl der Städte" die Regel sei. Diese Werte sind tatsächlich jedoch überraschend niedrig. Immerhin besteht die Schulpflicht bereits seit 1986. Der niedrige Entwicklungsstand des Bildungswesens gerade im Bereich der Hochschulbildung dokumentiert sich auch in der von Li genannten Zahl von 5,84 Mio. Absolventen von Hoch- und Fachhochschulen - also nicht viel mehr als eine Million pro Jahr.

Ganz im Sinne von Deng Xiaopings konservativem Reformsozialismus formuliert Li auch die Ziele beim weiteren Ausbau des Erziehungswesens, denn "die Bildung muß der sozialistischen Modernisierung dienen". Gemessen an der allseits anerkannten Bedeutung dieses Sektors für die Entwicklung des Landes fällt jedoch auf, daß Li nicht eine einzige konkrete Vorgabe macht. Weder wird beispielsweise gesagt, bis wann die allgemeine

Schulpflicht realisiert werden soll, noch werden bestimmte Finanzleistungen in Aussicht gestellt. Formulierungen wie: "Die Regierungen aller Ebenen müssen sich verpflichten, ... tatkräftige Maßnahmen zu ergreifen", oder: "Wir müssen aktiv nach einem System forschen, in dem die Regierung als Hauptträger mit allen Gesellschaftskreisen zusammenarbeitet", lassen im Gegenteil darauf schließen, daß die Regierung sich über grundlegende Strukturmerkmale des zukünftigen Bildungswesens sowie über ihre eigene Politik nach wie vor nicht im klaren ist - und dies, obwohl im Februar nach langjähriger Diskussion ein Reformprogramm für das chinesische Bildungswesen veröffentlicht worden war (vgl. C.a., Feb. 1993, Ü 9). Insbesondere scheint noch umstritten zu sein, welche Rolle die angesprochenen nicht-staatlichen Stellen ("alle Gesellschaftskreise") als bloße Finanzgeber oder als Schulträger im Bildungswesen spielen sollen. Mit der weiteren Erschließung nichtöffentlicher Finanzquellen würde der Staat schließlich die direkte Kontrolle über die sozialistischen Erziehungsinhalte verlieren oder zumindest gefährden. Angesichts der begrenzten Etatmittel befindet sich die Regierung hier in einem Zielkonflikt.

Sport: Li verweist in diesem für das Nationalprestige so wichtigen Sektor ausdrücklich auf die Leistungen chinesischer Sportler sowie auf die Asienspiele des Jahres 1990, mit denen sich China erstmals als internationaler Sportveranstalter profilierte. So hebt Li denn auch eigens hervor, daß die Regierung die Bewerbung Pekings für die Olympischen Spiele des Jahres 2000 unterstützte und bereit sei, "dafür alle Anstrengungen zu unternehmen".

Gegenüber den vorgenannten Bereichen werden für "Literatur und Kunst, Presse und Verlagswesen, Rundfunk, Film, Fernsehen, Sozialwissenschaften, Medizin und Gesundheitswesen und Umweltschutz" lediglich pauschal "neue Erfolge" attestiert, ohne daß Li andeutete, worin diese seiner Ansicht nach bestünden. Wenn man dieses totale Verschweigen von Erfolgsbeispielen mit seiner sorglichen Nennung des "Großcomputers Yinhe II" im selben Abschnitt seiner Rede kontrastiert, scheinen dem Ministerpräsidenten die Entwicklungen der letzten Jahre im ganzen Kulturbereich nicht recht genehm zu sein. Auffällig wird dies be-

sonders bei der chinesischen Filmkunst, die erstmals in der Geschichte internationale Beachtung fand und deren Werke begehrte ausländische Preise errangen - für Li kein Anlaß zu einer Erwähnung.

Bei den Zukunftszielen werden die intellektuellen erwartungsgemäß besonders umworben, z.B. indem ihnen ein besserer Schutz des geistigen Eigentums und eine "vernünftige Fluktuation", also eine sachgerechtere und flexiblere Stellenvermittlung, in Aussicht gestellt werden. Beim zentralen Problem des niedrigen Einkommensniveaus freilich bietet Li vor allem starke Worte, doch nichts Greifbares: Die Regierung sei in diesem Punkt "entschlossen, bedeutende politische Richtlinien und Maßnahmen zu ergreifen". Im Gegenzug werden die Intellektuellen "motiviert, ... einen Geist der Opferbereitschaft zu pflegen", sich also auf fortdauernde Unterbezahlung einzustellen. Auch die Auslandsstudenten erfahren nichts Konkretes, als daß sie "willkommen geheißen" werden, "sich auf jede Weise am Aufbau des Vaterlandes zu beteiligen". Li Pengs Verweilen im Unverbindlichen steht in seltsamem Gegensatz zu einer Ankündigung Zhao Dongwans, der dem Komitee für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheit beim 8. NVK vorsteht. Dieser hatte im März auf einer Pressekonferenz angekündigt, daß noch in diesem Jahr ein neues Gehaltssystem für Staatsbedienstete eingeführt würde und ihre Einkommen damit auf das Niveau von Angestellten kommerzieller Unternehmen anstiegen (BR, 15/1993 vom 13.4., S.7).

Mit einer bloßen Floskel abgespeist - ohne Nennung eines konkreten Beispiels - werden von Li Peng auch die "neuen Fortschritte" bei der "Entwicklung der sozialistischen Demokratie und Rechtsordnung". In Sachen Demokratie und Rechtssystem ist das "Weltniveau" offenbar ebensowenig ein willkommener Maßstab wie im Kulturbereich.

Bei der Formulierung der Ziele für die nächsten Jahren nehmen die Themen "geistige Zivilisation im Sozialismus" sowie "sozialistische Demokratie und Rechtssystem" großen Raum ein. Li wiederholt hier seine extrem konservativen Standpunkte. Auffällig sind jedoch die nationalistischen Elemente. So heißt es, daß "ein patriotischer En-

thusiasmus" zu "entflammen" sei und daß "unsere Nation ... mehr Selbstachtung und Selbstvertrauen sowie mehr Bewußtsein für die historische Mission" entwickeln müsse. Offenbar wird weiterhin dem Glauben angehangen, daß es Chinas Aufgabe sei, den Sozialismus zu retten. Was Demokratie und Rechtssystem angeht, so macht Li konkrete Vorgaben nur bei der weiteren rechtlichen Ausgestaltung des Wirtschaftsbereichs.

Generell bestätigt Li Pengs Rede die Einschätzung seiner Person als "Technokrat". Schwerpunkte setzt er dort, wo es um meßbare und international vergleichbare wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Leistungen oder Ziele geht. Da das Bildungswesen hiermit eng zusammenhängt, wird auch dies besonders berücksichtigt. Die Kulturschaffenden dagegen werden sich darauf einrichten müssen, daß die derzeitige Regierung dieser alten Kultur-nation ihren Belangen wenig Aufmerksamkeit schenken wird. -hws-

*(18)

Was sind die dringendsten politischen Aufgaben? - eine Umfrage

Eine Umfrage in Peking ließ jüngst deutliche Diskrepanzen der Volksmeinung zur offiziellen Politik erkennen, was die Dringlichkeit bestimmter Aufgaben angeht.

Unter 20 politischen Aufgaben, aus denen die wichtigsten auszuwählen waren, wurde an erster Stelle die Verwaltungsreform genannt, gleich dahinter kam der Kampf gegen die Korruption. Ebenfalls oft genannt wurde die Bewerbung der Stadt um die Olympischen Spiele des Jahres 2000, die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie und die Aufnahme Chinas in GATT-Runde. Dagegen wurde die Preisreform als unwichtigste Aufgabe eingestuft, und auch die Verbesserung der Investitionsbedingungen sowie die Öffnungspolitik - Punkte, die offiziell oben auf der Agenda stehen rangierten bei den Bürgern am unteren Ende der Skala.

Hinter der Ablehnung der Preisreform verbirgt sich offenbar die Angst vor einem weiteren Inflationsschub und einer zunehmenden Schmälerung der Kaufkraft. Während von privatwirtschaftlichen Investitionen nur wenige

profitieren, spielt bei der Skepsis gegenüber der Öffnungspolitik wohl der Umstand eine Rolle, daß zahlreiche Probleme wie Drogensucht, Betrügereien und Pornographie als vom Ausland importiert angesehen werden. Viele sind wohl auch schon mit dem erreichten Grad der Öffnung zufrieden.

Ziemlich schlecht schnitt auch ein Punkt ab, der besonders die KP-Herrschaft betrifft: Der Schutz von Chinas politischer und sozialer Stabilität sowie die Wahrung politischer Kontinuität wurden nur an 14. Stelle genannt. (SWB 3.4.93) -hws-

*(19)

Todesstrafe für illegale Publikations-tätigkeit

Ein Pekinger Gericht hat für Druck und Vertrieb illegaler Publikationen teilweise pornographischen Inhalts und vulgären Stils eine Todesstrafe verhängt, die für zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. Gleichzeitig wurden dem Betreffenden auf Lebenszeit die politischen Rechte aberkannt und das Vermögen eingezogen.

Der Angeklagte hatte vom November 1988 bis Juli 1989 1,8 Mio. illegale Schriften vertrieben und, nachdem er im Februar 1989 eine Pekinger Druckerei übernommen hatte, viele dort auch gedruckt. Insgesamt erzielte er so einen Umsatz von 3,3 Mio. Yuan. Ein Mitangeklagter, der illegale Umsätze von 1,3 Mio. Yuan gemacht hatte, kam mit 12 Jahren Haft davon.

Vorgeworfen wurden dem Hauptangeklagten, der offenbar recht raffiniert vorgegangen war, Verstöße gegen Publikations- und Wirtschaftsgesetze. Anklagen wegen Vertriebs von Schriften staatsgefährdenden Inhalts, Verletzung von Staatsgeheimnissen oder ähnlichem wurden nicht erhoben, auch wurde der Inhalt der Veröffentlichungen nicht als besonders verwerflich bezeichnet. Selbst nach den strengen Maßstäben, die chinesische Gerichte anlegen, waren sie offenbar nur teilweise "pornographisch". Da nach dem Bericht als einziger greifbarer Schaden eine Steuerhinterziehung auszumachen ist, die für sich nicht zu einer Todesstrafe geführt hätte, läßt sich die Schwere der Strafe nur damit erklären, daß ein Exempel in ordnungspoliti-

scher Hinsicht statuiert werden sollte. Die staatliche Kontrolle des Presse- und Verlagswesens darf eben auf keinen Fall unterlaufen werden. (GMRB und RMRB, 15.4.93) -hws-

*(20)

Unerwünschte Publikationen über KP-Führer

Die von der Kommunistischen Partei unterstützte Verehrung der Helden der Revolution hat sich in eine wenig gewünschte Richtung entwickelt. Etliche der Führerbiographien, die seit einigen Jahren ihr Publikum finden, erwiesen sich bei näherer Betrachtung als mit Klatsch- und Wundergeschichten angereichert, die, wie es heißt, nicht den Tatsachen entsprechen. So soll die Mehrheit der 1992 verlegten 37 Biographien über KP-Größen aus Sensationsgier frei erfundene Behauptungen enthalten und daher das Ansehen der Porträtierten sowie der Partei und des Staates beschädigen. (XNA, 13.4.93; GMRB, 14.4.93; RMRB 14. und 24.4.93)

Bereits 1990 waren Bestimmungen erlassen worden, um unliebsamen Publikationen dieser Art zu wehren. Die Publikumsnachfrage nach Enthüllungen schaffte sich freilich trotzdem ein passendes Angebot und den geschäftstüchtigen Verlage entsprechende Profite. Die Situation sei, wie es heißt, immer schlimmer geworden. Daher sind nun "Ergänzende Bestimmungen über die Veröffentlichung von Werken über Leben und Werk wichtiger Führer von Partei und Staat" erlassen worden. Mit dieser Verordnung wird nicht nur die Verbreitung von Gerüchten und erfundenen Anekdoten verboten, sondern überhaupt jede Veröffentlichung, ob in Buchform, als Film oder Fernsehspiel, die dem Ansehen der Betroffenen abträglich sein könnte. Dies schließt ausdrücklich auch Dokumentarberichte ein, so daß auch die Bekanntmachung unerwünschter Fakten unterbunden wird. Veröffentlichungen sind nur zulässig, wenn sie zuvor untersucht und genehmigt wurden. Werden lebende Personen erwähnt, ist auch deren Zustimmung einzuholen. Im ganzen Land sollen jetzt nach illegalen Publikationen über die verstorbenen KP-Prominenz geforscht und entsprechende Maßnahmen wie Verbot oder Konfiszierung getroffen werden. -hws-

*(21)

Wissenschaftler warnen vor steigendem Meeresspiegel

Chinesische Wissenschaftler haben die Küstenprovinzen ermahnt, bei Entwicklungsvorhaben einen Anstieg des Meeresspiegels in Rechnung zu stellen. Da sich vielerorts durch Übernutzung des Grundwassers gleichzeitig das Land senke, würde das Problem noch verschärft. So müsse im Perlfußdelta mit einem relativen Anstieg von 40 bis 60 Zentimetern gerechnet werden; für Tianjin und Shanghai seien noch höhere Werte zu befürchten. U.a. könne das Problem durch eine Reduzierung der Grundwasserförderung gemildert werden. (XNA, 30.3.93, nach SWB, 3.4.93) -hws-

*(22)

Chinas erste Filmmesse

Nachdem Anfang des Jahres das 40jährige staatliche Distributionsmonopol für Kinofilme gefallen ist, haben Chinas Filmproduzenten vom 24. bis 30.4. in Peking erstmals Gelegenheit gehabt, in direkten Kontakt mit den 32 regionalen Filmverleihfirmen zu treten. 50 Filme wurden vorgestellt, darunter Kriminalgeschichten, Thriller und Kongfu-Filme. Die staatliche China Film Distribution and Exhibition Corporation, vormals Inhaberin des Monopols, fungierte als Sponsor der Messe, und nach wie vor wacht auch das Auge der Regierung über dem Filmmarkt. Ausländische Filme oder mit ausländischer Beteiligung produzierte chinesische Streifen müssen wie einst die Zensur passieren, ehe sie im Inland angeboten werden dürfen.

Die Reform der Filmvermarktung, wie sie mit dieser ersten chinesischen Filmmesse Gestalt gewinnt, entspricht nicht nur der allseits propagierten marktwirtschaftlichen Öffnung. Sie war längst überfällig, da das Filmangebot schon seit Jahren Schwierigkeiten hat, dem Publikumsgeschmack zu entsprechen, und sich immer weniger Filme gegenüber der Konkurrenz des Fernsehens behaupten können. Seit Mitte der achtziger Jahre ging die Zahl der Kinogänger Jahr für Jahr um 20 bis 40% zurück. Gleichzeitig schrumpfte auch die Filmproduktion. Heute entstehen in China noch 120 bis 150 Filme pro Jahr. (XNA 24.4.93) -hws-

*(23)

Chinesischer Filmpreis für Zhang Yimou "Qiu Ju"

Am 15.4. wurden von der Shanghai Vereinigung für Filmkritik die zehn besten Streifen des Jahres 1992 gekürt. Der 2. Preis ging dabei an den neuesten Film des Regisseurs, Kameramanns und Schauspielers Zhang Yimou, "Qiu Ju", der letztes Jahr schon in Venedig mit dem "Goldenen Löwen" ausgezeichnet worden war. Nachdem die Werke Zhang Yimous bis letztes Jahr in China nicht gezeigt werden durften, erfährt dieser wohl bedeutendste der zeitgenössischen Filmemacher des Landes jetzt auch offizielle Anerkennung. "Qiu Ju" ist freilich vom Inhalt her weniger heikel als manche früheren Werke des Regisseurs. Die kurze Meldung in der *Guangming Daily* (16.4.93) nennt von allen Filmen nur die Titel und geht auf keine Einzelheiten ein. -hws-

*(24)

Auslandskapital zur Sanierung von Pekings Altstadt

Umgeben von einem breiten und stets wachsenden Ring von Hochhäusern, bewohnen in Xinhua-Meldung zufolge noch 200.000 Pekinger Familien Altbauten von zusammen 6 Mio. Quadratmetern Wohnfläche (XNA 8.4.93) Diese Häuser, die noch aus der Kaiserzeit stammen, verfügen über keine sanitären Einrichtungen und sind baulich fast ausnahmslos in sehr schlechtem Zustand. Nach einer neuen Schätzung der Pekinger Stadtregierung sind 52 Mio. Yuan erforderlich, um die Altbaugebiete zu sanieren, Mittel, die die Stadt allein nicht aufbringen kann, zumal die Mieten in diesen Häusern äußerst niedrig sind. Seit im vergangenen Jahr eine städtische Entwicklungsgesellschaft gegründet wurde, um ausländisches Kapital anzuziehen, werden jetzt aus der langfristigen Vergabe von Landnutzungsrechten an ausländische Investoren zusätzliche Einnahmen erzielt, die in die Altstadtsanierung fließen. Zum Teil geht ausländisches Kapital auch direkt in die Altstadtsanierung.

Über ein Beispiel für ein städtebauliches Joint Venture Pekings mit zwei Hongkonger Firmen berichtete die *Volkszeitung* (RMRB, 6.4.93). Auf einer Fläche von 80 ha ist ein Investi-

tionsvolumen von 1,2 Mrd.US\$ geplant, das freilich nicht der Restaurierung von Altstadt Häusern, sondern deren Abriß und einer Neubebauung mit Wohnungen, Läden, Restaurants und Vergnügungsbetrieben dienen wird.

Entgegen dem Eindruck, den die Xinhua-Meldung vom 8.4. zu erwecken sucht, werden im Zuge der Sanierung auch die meisten anderen Altstadt Häuser verschwinden. Lediglich die Gegend um den "Hinteren See" (Houhai oder Shichahai) und den Trommel turm soll der derzeitigen Stadtplanung zufolge als traditionelles Hofhausgebiet erhalten bleiben. -hws-

*(25)

Tabakanbau und Zigarettenkonsum: schädlich für Wirtschaft und Gesundheit

Die *Guangming Daily* veröffentlichte am 10.4. eine ungewöhnlich heftige Attacke gegen den Tabakanbau und dessen Förderung durch staatliche Stellen, die die Zigarettenindustrie als größten Steuerzahler schätzen. Die Hauptthese des Artikels: Der fiskalische Nutzen wird durch den Schaden, der durch den Tabakkonsum und den Anbau entsteht, mehr als aufgewogen.

Der Autor streicht zunächst die enorme Entwicklung von Tabakanbau, Zigarettenindustrie und -konsum in den 80er Jahren heraus. So sei die Anbaufläche von 5,95 Mio. Mu (397.000 ha) im Jahr 1980 auf über 22 Mio. Mu (1,47 Mio. ha) im Jahr 1992 ausgeweitet worden. Ein Beschluß des Staatsrats aus dem Jahr 1990, die Anbaufläche auf 18 bis 19 Mio. Mu zu beschränken, sei ohne Wirkung geblieben. Von 1981 bis 1991 sei das Anlagevermögen der Zigarettenindustrie von 1 Mrd. auf 11,5 Mrd. Yuan gestiegen. Da Tabak zunehmend auf Böden und an Orten angebaut werde, die dafür nicht geeignet seien, käme gleichzeitig immer minderwertigerer Tabak auf den Markt. Da mehr Tabak produziert werde als im Fünfjahr-Plan vorgesehen - 1990 habe die Mehrproduktion 26,5 % über der Planziffer gelegen -, lägen Zigaretten schon auf Halde.

Die gedankenlose Ausweitung des Tabakanbaus habe verschiedentlich zu Exzessen geführt. Im Kreis Pinyu in Henan beispielsweise seien 1989 in einem Dorf zunächst 2.000 Mu zur Ta-

bakanpflanzung vorgesehen gewesen. Die Gemeindeverwaltung habe jedoch die Verdoppelung dieser Fläche verlangt. Da den Bauern die technischen Voraussetzungen fehlten und sie im Tabakanbau nicht geschult worden waren, hätten viele stattdessen Winterweizen angebaut. Kurz vorm Frühlingsfest des Jahres 1990 habe die Gemeindeverwaltung daraufhin 406 Mu Weizen unterpflügen lassen. Weitere 800 Mu Weizenfelder seien nur deswegen verschont geblieben, weil es kräftig geschneit und eine Zeitung über den Fall kritisch berichtet habe.

Heute sei China in der Produktion und dem Konsum von Zigaretten bereits eine Supermacht. Die 2,83 Mio. Tonnen Tabak, die 1989 in China geerntet wurden, hätten 38,6% der Weltproduktion ausgemacht. Der Konsum sei von 1980 bis 1989 von 15,93 Mio. auf 31,27 Mio. Paletten (je 10.000 Schachteln) gestiegen, während die Ausgaben der Raucher für ihr Laster sogar um das 4,3fache zugenommen hätten - deutlich mehr als die allgemeinen Konsumausgaben. Unter den Mittelschülern der Stadt Nanjing rauche heute schon fast jeder dritte. Wie eine Untersuchung im Pekinger Chaoyang-Bezirk ergeben habe, betrage der Anteil der Raucher unter den männlichen Schülern der oberen Mittelschulen dort 48%, unter denen der Mittelschul-Unterstufe 27,3% und unter den männlichen Schülern der berufsbildenden oberen Mittelschulen sogar 77,7%.

In den letzten Jahren habe der Fiskus aus Tabakanbau und -verarbeitung jährliche Einnahmen von über 20 Mrd. Yuan erzielt. Nach gemeinsamen Untersuchungen, die vom Hygiene-Informationszentrum der Akademie für Präventivmedizin, vom Institut für Umwelthygiene und vom Epidemiologischen Institut angestellt wurden, habe der wirtschaftliche Schaden, der 1989 durch das Rauchen verursacht wurde, dagegen bei 27 Mrd. Yuan gelegen, also über den 24 Mrd., die im selben Jahr an Tabaksteuern abgeführt wurden. Für eine volkswirtschaftliche Bilanz seien jedoch noch mehr Posten gegenzurechnen, nämlich für den Tabakanbau der Aufwand an Dünger, Pflanzenschutzmitteln, Plastikfolie und Land - das somit dem Anbau nutzbringender Feldfrüchte entzogen sei - sowie die Kosten für Kohle, Strom, Wasser, Papier, Kredite, Transport etc. für die Produktion und den Vertrieb der

Zigaretten. Zudem gebe China jährlich über 100 Mio.US\$ für Importzigaretten aus - nicht gerechnet den Zigaretten schmuggel, durch den einer Schätzung zufolge allein im Jahr 1991 dem chinesischen Zoll 3 Mrd. Yuan entgangen seien. Der wirtschaftliche Schaden überwiege also den Nutzen. (Freilich hat China in Tabak- und Tabakwaren eine sehr positive Handelsbilanz: Allein von Januar bis September 1992 erzielte das Land aus dem Export dieser Waren 270 Mio.US\$.) (XNA, 13.10.92).

Wegen der anerkannten gesundheitlichen Gefahren des Aktiv- wie des Passivrauchens sei einer Schätzung von Experten zufolge für den Zeitraum der Jahre 2000 bis 2030 mit einem Anstieg von 1,16 Mio. auf 3,17 Mio. Rauchertoten jährlich zu rechnen. Die Universität Oxford habe errechnet, daß von den derzeit unter 20jährigen Chinesen später 50 Mio. an raucherbedingten Ursachen sterben werden.

Der Autor verweist abschließend auf das Beispiel westlicher Länder, in denen der Zigarettenkonsum immer stärker eingeschränkt werde, und fordert für China vor allem eine Reduzierung der Tabakanbaufläche mit dem Ziel, China bis zum Jahr 2050 gänzlich "raucherfrei" zu machen. Bis dahin sei darauf zu achten, daß nur noch hochwertiger Tabak mit niedrigen Schadstoffwerten auf den Markt komme.

Tatsächlich mehren sich in China heute schon die Anzeichen für eine kritischere Einstellung gegenüber dem Rauchen. So finden sich Rauchverbote in Wartesälen von Bahn- und Flughäfen, und seit im Januar entsprechende gesetzliche Maßnahmen getroffen wurden, setzt das Personal die Verbote auch durch. Noch vor kurzem waren derartige Einschränkungen des Tabakkonsums unbekannt. Insofern entspricht dieser Artikel durchaus auch einem aktuellen Trend.

Bis vor wenigen Monaten wurden restriktive Maßnahmen nur halbherzig oder gar nicht durchgesetzt, wobei weniger gesundheits- als vielmehr ordnungspolitische Motive erkennbar waren - vor allem solche, die mit der Wahrung des staatlichen Tabakmonopols zusammenhängen. Schon erwähnt wurde ein wirkungslos gebliebener Staatsratsbeschluß zur Beschränkung der Anbaufläche. Sehr geringen Erfolg

hatten Bemühungen um die Qualitätsverbesserung: 1992 war der Anteil der Zigaretten, die den niedrigen Standards genügte, gegenüber dem Vorjahr um einen Prozentpunkt gestiegen (XNA, 13.10.92). Die erhebliche Überproduktion zwingt jetzt freilich zum Handeln. So soll die Ausweitung der Tabakproduktion finanziell und administrativ geahndet werden (XNA, 18.1.92), zumal das Überangebot zu einer Aufweichung des staatlichen Tabakmonopols, zu Schmuggel und zu Markenfälschungen geführt hat (XNA, 18.2.93). Heuerdings kommen durch die verstärkt ausgesprochenen und durchgesetzten Rauchverbote auch gesundheitpolitische Motive zur Geltung.

Die Angaben des oben referierten Artikels werden ergänzt durch neue Ergebnisse einer Umfrage, die das Amt für Statistik unter 180.000 (!) Bürgern in 158 Städten und 101 Landkreisen in 29 Provinzen durchführte. Demnach rauchen 35% der Bevölkerung - 298 Millionen. Die 21- bis 30-jährigen stellen dabei die Altersgruppe, in der am meisten zur Zigarette gegriffen wird. (XNA, 27.4.93) Eine auf diesen Zahlen basierende Hongkonger Schätzung der gesundheitlichen Folgen kommt zu dem Schluß, daß die Zahl der Rauchertoten von derzeit um 100.000 jährlich bis zum Jahr 2025 auf 2 Mio. per annum steigen wird, falls die bisherige Entwicklung anhält. (SCMP, 28.4.93) -hws-

*(26)

Umfrage zur körperlichen Verfassung alter Menschen

Das Chinesische Gerontologische Forschungszentrum gab jüngst die Ergebnisse einer Umfrage zur Gesundheitssituation alter Menschen bekannt. Interviewt wurde eine nicht genannte Zahl von über 60jährigen in Stadt und Land.

Mehr als Dreiviertel aller Befragten stufte sich als mehr oder weniger gesund ein. Unter den Stadt- bzw. Landbewohnern erklärten 32 bzw. 38,6%, sie seien gesund, während jeweils 46 bzw. 40% ihren Zustand als "durchschnittlich" beschrieben. 21 bzw. 21,4% gaben an, sie seien krank (übrige: keine oder keine eindeutige Angabe). Daß sie gesund seien, meinten mehr Männer als Frauen. Auf dem Land lag der Männeranteil in dieser Gruppe bei 53,9%.

Erwartungsgemäß waren die 60- bis 64jährigen deutlich gesünder als die über 80jährigen. In der ersten Gruppe erklärten 40% der Stadt- und 36,5% der Landbewohner, sie seien gesund. Jenseits des 80. Lebensjahrs schrumpften diese Gruppen auf unter 2%.

Nach Krankheiten befragt, litt die größte Gruppe der Stadtbewohner (22%) unter Bluthochdruck und Koronarsklerose. An zweiter Stelle kamen Atemwegs- und Lungenerkrankungen (16,7%), an dritter Stelle Arthritis (15,5%). Auf dem Lande standen Atemwegs- und Lungenkrankheiten mit 25,3% vorn, gefolgt von Arthritis (22,6%).

Für Arzt- und Arzneikosten hatten die Stadtbewohner im letzten Jahr im Schnitt 508 Yuan ausgegeben. Die 60- bis 64jährigen waren jedoch eifrigere Arzt- und Apothekenbesucher als die älteren: sie hatten im Schnitt 569 Yuan aufgewendet. Dabei lagen die Männer mit 696 Yuan weit vor den Frauen mit nur 458 Yuan. Bei der Gruppe jenseits der 85 sanken die betreffenden Ausgaben auf 348 Yuan bei den Männern bzw. auf 286 Yuan bei den Frauen; der Schnitt betrug hier 348 Yuan. Die Höhe der Ausgaben für Gesundheit stehen somit in einer nicht unbedingt zu erwartenden direkten Beziehung zum Gesundheitsgrad der jeweiligen Alters- und Geschlechtsgruppen. Mit anderen Worten: je kranker die städtischen Befragten waren, um so weniger gingen sie zum Arzt oder kauften Medikamente.

Auf dem Lande waren die Gesundheitsaufwendungen mit 198 Yuan pro Kopf erheblich niedriger. In der Gruppe der 60- bis 64jährigen gaben auch hier die Männer mehr Geld für Arztbesuche und Medikamente aus als die Frauen, bei den über 85jährigen kehrte sich dort jedoch das Verhältnis um.

Schließlich wurde noch danach gefragt, ob die Ärzte bzw. Krankenhäuser bequem zu erreichen seien. Trotz der Tatsache, daß auf dem Lande natürlich erheblich größere Wege zurückzulegen sind als in der Stadt, schätzten mit 12,2% weniger Landbewohner die Situation als "unbequem" ein, als es die offenbar verwöhnteren Stadtbewohner taten (16,2%). Bei der Antwort, der Arzt sei "bequem" zu erreichen, lagen die Stadt- zwar vor den Landbewohnern (71,6 gegenüber 68,5%), doch ist diese Differenz wenig signifikant.

Insgesamt stellt die Umfrage der Gesundheitsversorgung alter Menschen ein recht gutes Zeugnis aus, zumindest was die subjektive Einschätzung der Betroffenen angeht. (GMRB, 13.4.93). -hws-

Außenwirtschaft

*(27)

Gespräche zwischen China und EG

Zwischen der EG und China fanden Ende April (27.-30.4.) in Brüssel Gespräche über eine Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen statt. Die chinesische Delegation wurde von Wu Yi, der neuen Ministerin für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit [MOFTEC = Ministry of Foreign Trade and Economic Cooperation] geleitet; dies ist der erste Besuch auf dieser Ebene seit den letzten vier Jahren.

Von seiten der EG wurde insbesondere das Defizit der EG im Handel mit China problematisiert. Nach statistischen Berechnungen der EG erhöhte sich das Defizit von 1,2 Mrd. ECU im Jahre 1988 auf 10 Mrd. ECU im Jahre 1992. (FT, 29.4.93; die FEER vom 13.5.93 gibt ein Defizit von 1,4 Mrd. US\$ für 1988 und 12 Mrd. US\$ für 1992 an.)

Nach chinesischen Statistiken betrug das bilaterale Außenhandelsvolumen im letzten Jahr 17,4 Mrd. US\$, chinesische Exporte beliefen sich auf 7,6 Mrd. US\$ und Importe aus der EG auf 9,8 Mrd. US\$. Der Unterschied kommt vor allem aufgrund der Einbeziehung der Reexporte über Hongkong in die EG-Statistik zustande, während die chinesische Statistik diese nicht berücksichtigt. (XNA, 19.4.93)

Für die negative Handelsbilanz macht die EG insbesondere Importrestriktionen Chinas verantwortlich, während die chinesische Seite mit Dumpingmethoden hohe Exporte in die EG hätte erreichen können. Gerade im letzten Monat hat die EG Antidumping-Maßnahmen gegen die Einfuhr chinesischer Fahrräder ausgesprochen und den entsprechenden Zollsatz auf 34,4% erhöht. Dieser Entscheidung